



STADT ERLENBACH

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES KULTUR- UND SOZIALAUSSCHUSSES

Sitzungsdatum: Dienstag, 15.07.2025
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:22 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Becker, Christoph

Ausschussmitglieder

Dyroff, Lisa-Maria
Ehrentraut, Anna Maria
Fahn, Hans Jürgen, Dr.
Grosch, Christoph
Hauck, Ellen
Mück, Michael
Müller-Bartels, Claudia
Münzel, Wolfgang
Oliveira Zbinden, Marina
Pfeffer, Michael

Seniorenbeauftragte

Schenck-Hofmann, Barbara

Schriftführerin

Gebler, Caroline

Verwaltung

Laumeister, Diana

Gäste

Kilisli, Özge
Mutu, Hülya
Ulusoy, Nilüfer

Abwesende und entschuldigte Personen:

Integrationsbeauftragte

Holzinger, Bianca nur öffentliche Sitzung

Familienbeauftragte

Stegmann, Kerstin

Verwaltung

Kampf, Uwe

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Bekanntgaben
- 2 Sprache als Bildungschance;
Beratung und Beschlussfassung über die Fortsetzung der bisherigen Förderung **2018/0874/2**
- 3 Projekt "Gesunde Kommune 2025"
Änderung des Beschlusses über die Durchführung **2025/2188/1**
- 4 Franziskuspark Streit;
Vorstellung einer Aktionsgruppe mit dem Ziel der Gründung eines Fördervereins, ggf. Beschlussfassung **2025/2263**
- 5 Riesenadventskalender
- 5.1 Riesen-Adventskalender;
Beratung und Beschlussempfehlung an den Stadtrat über die zukünftige Weiterentwicklung **2025/2184**
- 5.2 Verkleidung des Rathausgiebels mit zwei Motiven;
Beratung und Beschlussempfehlung an den Stadtrat **2025/2267**
- 6 Kulturveranstaltungen;
Sachstandsbericht
- 7 Kinderbildung und -betreuung;
Aktueller Bericht über die Belegung in den Kindertageseinrichtungen
- 8 Anfragen aus dem Gremium

Erster Bürgermeister Christoph Becker eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kultur- und Sozialausschusses fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben.

2 Sprache als Bildungschance; Beratung und Beschlussfassung über die Fortsetzung der bisherigen Förderung

Unter dem Stichwort „Sprache als Bildungschance“ haben sich in zwei Workshops am 10.11.2011 und 05.07.2012 Beteiligte mit der Frage beschäftigt, was in dem Thema ergänzend zu den bisherigen Aktivitäten noch getan werden kann. Ausführlich wurde über das Vorgehen und die Inhalte in der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses am 06.12.2012 berichtet.

Auf Basis dieser intensiven Vorveranstaltungen und Vorgespräche hat BGM Berninger in einem Gespräch mit den Initiatorinnen des Projekts, Frau Birgit Hohm, Frau Petra Münzel und Frau Anne Tulke folgende Vorgehensweise für ein Sprachprojekt "Deutsch lernen über die Einrichtung einer Krabbelgruppe" vereinbart:

1. Das Projekt dient nicht in erster Linie der Einrichtung einer zusätzlichen Betreuungsmöglichkeit für Kleinkinder, sondern nimmt den Gedanken aus den durchgeführten Workshops auf, Kindern auf spielerische Art Deutschkenntnisse zu vermitteln. Eingeschlossen ist der Gedanke, über eine Krabbelgruppe auch an die Eltern zu kommen, dort das Problembewusstsein zu schärfen und gleichzeitig deren Deutschkenntnisse zu verbessern. Das Erlernen der deutschen Sprache steht also eindeutig im Vordergrund.
2. Träger des Projektes wird der Verein "Frauen für Frauen" oder eine andere Organisation. Die Stadt Erlenbach wird kein zusätzliches Personal anstellen.
3. Die Stadt unterstützt das Projekt finanziell mit einem Zuschuss von jährlich 2.500 €. Die restlichen Kosten sind von den teilnehmenden Eltern aufzubringen.
4. In Abstimmung mit dem Jugendhaus können die Räumlichkeiten des Jugendhauses vormittags kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
5. Das Projekt wird vorerst zeitlich begrenzt auf 3 Jahre.
6. Im Projekt wird eine "Erfolgskontrolle" eingerichtet. Dies kann geschehen, indem z.B. der sogenannte sismik-Bogen zu Beginn des Projektes und dann regelmäßig (mindestens jährlich) zur Kontrolle ausgefüllt wird.
7. Das Projekt ist der Regierung zur Kenntnis zu geben und soll mit den dort möglichen Mitteln begleitet werden. Zielrichtung wäre, im erwiesenen Erfolgsfall der Regierung ein dauerhaftes Projekt schmackhaft zu machen und einen neuen Weg der Sprachförderung aufzuzeigen.

In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses am 11.07.2013 wurde daraufhin folgender Beschluss gefasst:

„Einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 2.500 € zum Betrieb einer Sprachfördergruppe durch den Verein „Frauen für Frauen e.V.“ wird für die Dauer von drei Jahren zugestimmt. Die anteilige Förderung für das Jahr 2013 wird in der anfallenden Höhe genehmigt und gleichzeitig die Ausreichung außerplanmäßiger Mittel beschlossen.“

In einem gemeinsamen Gespräch von Bürgermeister Michael Berninger mit den Verantwortlichen des Vereins „Frauen für Frauen“ sollte bis zur Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses am 07.07.2015 ein Ergebnisbericht vorgelegt werden. Dieser ist dem Protokoll dieser Sitzung als Anlage 2 beigefügt. Bürgermeister Berninger hatte bei dem Gespräch in Aussicht gestellt, dass die Förderung von 2.500 € jährlich zunächst um weitere drei Jahre (2016, 2017 und 2018) verlängert wird.

Ein entsprechender Beschluss wurde am 07.07.2015 gefasst.

Die Förderperiode lief mit Ende des Jahres 2018 aus. Sofern die weitere Unterstützung des Projektes erfolgen soll, wäre dies entsprechend zu beschließen gewesen.

In einem gemeinsamen Gespräch am 16.11.2018 baten die Verantwortlichen des Vereins „Frauen für Frauen“ darum, die Förderung nicht nur zu verlängern, sondern um 500 € auf 3.000 € jährlich zu erhöhen. Sie legten ausführlich dar, wie erfolgreich das Projekt bisher war und wie notwendig eine Fortführung ist. *(Ein entsprechender fortgeschriebener Ergebnisbericht lag vor und ist dem Protokoll der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses vom 27.11.2018 als Anlage beigefügt.)*

In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses am 27.11.2018 wurde daraufhin folgender Beschluss gefasst:

„Der Gewährung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 3.000 € zum Betrieb einer Sprachfördergruppe durch den Verein „Frauen für Frauen e.V.“ wird für die Dauer von drei weiteren Jahren zugestimmt. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsjahren 2019, 2020 und 2021 in den Haushaltsplan aufzunehmen.“

Nach Ablauf der Förderperiode Ende 2021 baten am 09.03.2022 die Projektverantwortlichen erneut um Verlängerung dieses Zuschusses. *(Ein entsprechend weiter fortgeschriebener Ergebnisbericht lag vor und in dem Protokoll der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses vom 23.06.2022 als Anlage beigefügt.)*

In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses am 23.06.2022 wurden daraufhin folgende Beschlüsse gefasst:

„Der Gewährung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 3.000 € zum Betrieb einer Sprachfördergruppe durch den Verein „Frauen für Frauen e.V.“ wird für die Dauer von drei weiteren Jahren zugestimmt. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsjahren 2022, 2023 und 2024 in den Haushaltsplan aufzunehmen.“

„Der beschlossene jährliche Zuschuss wird um 500 € jährlich erhöht.“

Da die aktuelle Förderperiode zum Ende des vergangenen Jahres erneut ausgelaufen ist, wäre – sofern eine weitere Unterstützung des Projekts erfolgen soll – ein entsprechender Beschluss zu fassen.

Mit Schreiben vom 26.03.2025 stellten die Projektverantwortlichen einen Antrag auf Verlängerung des bisher gewährten Zuschusses von 3.500 € jährlich für den Förderzeitraum 2025 – 2026.

Auf das Antragsschreiben des Vereins zur weiteren Projektförderung hat die Verwaltung am 27.03.2025 per E-Mail an den Vereinsvorstand reagiert. In dieser Nachricht wurde um die Vorlage folgender Unterlagen und Informationen gebeten:

1. Das vollständige Zuwendungsschreiben des Freistaates Bayern nach der Bekanntmachung zur BIR vom 20.12.2023.
2. Ein nachvollziehbar erläuteter Ausgaben- und Finanzierungsplan:
 - a. Im Ausgabenplan wurden projektanteilige Mietkosten/Nebenkosten für 2024 bis 2026 mit jährlich 600 € beziffert. Für das Jahr 2024 setzt sich dieser Betrag aus einer monatlichen Nutzungspauschale für den Container am Jugend- und Familienzentrum (12 x 50 €) zusammen, zusätzlich mit der kostenfreien Nutzung der Räumlichkeiten im Jugendzentrum am Vormittag. Es wurde angefragt, ob diese Annahmen auch für 2025 und 2026 weiterhin zutreffen oder ob ein Änderungsantrag gestellt wurde.
 - b. Im Finanzierungsplan wurden keine Fremdmittel aufgeführt. Die Verwaltung bat um Klarstellung, ob projektbezogene Zuschüsse der Stadt Erlenbach hätten berücksichtigt werden müssen.
 - c. Ebenfalls wurden im Finanzierungsplan keine Einnahmen genannt. Es wurde angefragt, ob von den teilnehmenden Müttern Unkostenbeiträge erhoben werden oder dies künftig geplant ist.
3. Zur ordnungsgemäßen Abrechnung bereits gewährter städtischer Zuschüsse der Vorjahre wurde um die Vorlage entsprechender Verwendungsnachweise gebeten.
4. Das städtische Förderinteresse liegt im Bereich der Sprachförderung für Kinder durch spielerische Vermittlung von Deutschkenntnissen. In den bisherigen Beschlussvorlagen wurde die Einrichtung einer „Erfolgskontrolle“ (z. B. sismik-Bögen) benannt. Die Verwaltung bat um eine Auswertung der bisher durchgeführten Erhebungen oder der verwendeten alternativen Verfahren.
5. Zudem wurde um konkrete Angaben gebeten, welche Maßnahmen zum spielerischen Spracherwerb im Rahmen des Projekts als Verwendungsziel des städtischen Zuschusses geplant sind.
6. Schließlich wurde angefragt, wie viele Kinder in den vergangenen Jahren in welcher Frequenz erreicht wurden. Der per E-Mail am 26.03.2025 übersandte Sachbericht enthält hierzu lediglich eine pauschale Angabe („Kontakte zu 5.000 Einwanderern“), lässt aber eine differenzierte Darstellung vermissen.

Der Sachbericht zum Projekt „Starke Mütter – starke Kinder“ ging am 27.05.2025 per E-Mail bei der Verwaltung ein. Die weiteren angeforderten Unterlagen, insbesondere zur finanziellen Situation, lagen zum Zeitpunkt der Erstellung der Sitzungsunterlagen trotz Erinnerungsschreiben vom 01.07.2025 nicht vor.

Aus diesem Grund kann seitens der Verwaltung derzeit kein Beschlussvorschlag zur beantragten Förderung unterbreitet werden.

Diskussionsverlauf:

Die Verantwortlichen vom Verein Frauen für Frauen e.V. *Nilüfer Ulusoy*, *Özge Kilisli* und *Hülya Mutu* stellen anhand der als **Anlage 1** diesem Protokoll beigefügten Präsentation die Angebote des Vereins Frauen für Frauen vor. Im Anschluss stellt Frau Laumeister anhand der als **Anlage 2** diesem Protokoll beigefügte Präsentation den Sachverhalt vor.

Rechtsslage:

Da hier eine Entscheidung zu treffen ist, die künftige Haushaltsjahre betrifft, ist eine Entscheidung zumindest des Kultur- und Sozialausschusses erforderlich.

Beschluss:

Es wird ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 3.500 EUR für 2025 und 2026 zum Betrieb eines Sprachförderangebots „Sprache als Bildungschance“ durch den Verein Frauen für Frauen unter der Bedingung gewährt, dass der Verwendungsnachweis / Fördermittelnachweis zum Förderantrag bei der Regierung von Mittelfranken vor Auszahlung der Fördermittel vorgelegt wird. Für das Haushaltsjahr 2026 ist der entsprechende Betrag in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

3 Projekt "Gesunde Kommune 2025" Änderung des Beschlusses über die Durchführung

Das Projekt „Gesunde Kommune“ ist die Fortführung des bereits von 01.10.2023 bis 31.12.2024 durchgeführten Projekts „Gesund leben in Churfranken“ (Projektphase 1), in dem der Schwerpunkt auf der Durchführung von Bedarfs- und Bestandsbefragungen, von Familien mit Kindern bis zu 6 Jahren und Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahren, im Hinblick auf Präventionsangebote zur Förderung von Gesundheit und Gesundheitskompetenz lag.

Den beteiligten Kommunen Erlenbach a.Main, Klingenberg, Mönchberg, Röllbach und Wörth war es ein wichtiges Anliegen, die Lebensqualität und Gesunderhaltung der Bevölkerung lange aufrechtzuerhalten.

Die Bestands- und Bedarfserhebung hat gezeigt, dass eine Notwendigkeit bei den Zielgruppen für präventive Angebote im Bereich Bewegung und gesunde, krankheitsvorbeugende Ernährung vorliegt.

Hier setzt nun das Folge-Projekt „Gesunde Kommune“ (Projektphase 2) an, das den definierten Zielgruppen konkrete Angebote unterbreitet, die zum einen Maßnahmen im Hinblick auf die Mobilität und die Gesunderhaltung der Senioren, inklusive Angebote zur Vermeidung von Einsamkeit im Alter, bereithalten, als auch zum anderen bei Familien mit Kindern, bereits im frühen Kindesalter, die Weichen für ein gesundheitsbewusstes Aufwachsen stellt.

Die Kostenbeteiligung der Kommunen beträgt nach §20a SGB V insgesamt 10% der von der AOK Bayern bewilligten Leistungen und kann durch Sachkosten bestritten werden, im Falle der Stadt Erlenbach durch Bereitstellung von Räumlichkeiten und Veröffentlichungen in der Stadtin-fo.

Der Kostenanteil der Stadt Erlenbach a.Main wird im Verhältnis zu den anderen beteiligten Kommunen anhand des Anteils an der Bevölkerung ermittelt.

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 21.05.2025 hat sich die Stadt Wörth a.Main gegen eine Beteiligung an der Phase 2 des Projektes „Gesunde Kommune“ ausgesprochen. Neben den verbleibenden Kommunen Klingenberg, Mönchberg und Röllbach nimmt nun der Markt Elsenfeld an der 2. Projektphase teil. Durch ähnliche Voraussetzungen und vorhandene Strukturen lassen sich nach Rücksprache mit dem Projektverantwortlichen bei der AOK Bayern, Herrn Nagel, die Erkenntnisse der ersten Projektphase gut auf den Markt Elsenfeld übertragen.

Die Verwaltung schlägt vor, unter der Voraussetzung, dass die Eigenmittel ausschließlich als Sachleistung erbracht werden, am Projekt teilzunehmen.

Diskussionsverlauf:

Die Leiterin des Sozialreferates Diana Laumeister stellt den Sachverhalt vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Die notwendigen Mittel werden im Haushalt eingeplant.

Beschluss:

Die Stadt Erlenbach a.Main unterstützt das Projekt „Gesund leben in Churfranken“ während des Bewilligungszeitraumes unter der Voraussetzung der Teilnahme von vier weiteren Projektkommunen. Die Kostenbeteiligung der Stadt Erlenbach a.Main wird ausschließlich als Sachleistung erbracht. Die Kostenbeteiligung aller Kommunen ist begrenzt auf 10% der Fördersumme der AOK Bayern und verteilt sich auf die Kommunen nach ihrer Einwohnerzahl.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

4 Franziskuspark Streit; Vorstellung einer Aktionsgruppe mit dem Ziel der Gründung eines Fördervereins, ggf. Beschlussfassung

Katja Weis und Platzwart Alwin Hecht planen die Gründung eines Fördervereins Franziskuspark Streit e.V.

Der idyllisch gelegene Franziskuspark ist ein Anziehungspunkt, bereichert den Stadtteil Streit und ist von großer Bedeutung für die Streiter Bevölkerung, aber auch für die gesamte Stadt. Er wird von vielen Teilen der Bevölkerung genutzt für Grill- und Familienfeiern, insbesondere aber auch von den Kindergärten und Schulklassen für Abschlussfeiern.

Eigentümerin des Parks ist die Stadt Erlenbach. Platzwart Alwin Hecht kümmert sich ehrenamtlich um den Park, kontrolliert den Park nach den Belegungen und entlastet damit auch die Mitarbeiter von Bauhof und Gärtnerei.

Alwin Hecht hat gemeinsam mit seinem Team schon sehr viele Einsatzstunden geleistet und hat noch viele Ideen, den Park noch attraktiver zu gestalten.

Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Erlenbach a.Main lassen sich leider nicht alle Wünsche und Ideen von dem Initiatorenteam verwirklichen. Daher entwickelten Katja Weis und Alwin Hecht die Idee der Gründung eines Fördervereins mit dem Namen „Förderverein Franziskuspark Streit e.V.“

Durch Spenden und erwirtschaftete Gelder könne es gelingen, weitere Projekte umzusetzen. Die Ziele sind:

- Stärkung der Gemeinschaft im Stadtteil Streit durch Arbeitseinsätze mit Familien und Kindern
- Schaffung neuer Attraktionen wie z.B. Barfuß-Pfad, Slackline, Pflanzaktionen usw.
- Veranstaltungen für die Allgemeinheit wie Spielenachmittag oder Grillen im Park
- Begegnungsort für Jung und Alt

Die Verwaltung schlägt vor, die Gründung eines Fördervereins zu unterstützen. Die Entscheidungshoheit und Planung der Maßnahmen sollten aber analog den Fördervereinen Musikschule oder Stadtbibliothek bei der Stadt Erlenbach a. Main bleiben.

Diskussionsverlauf:

Katja Weis stellt anhand der als **Anlage 2** diesem Protokoll beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

Beschluss:

Die Aktivitäten der Privatinitiative von Alwin Hecht und Katja Weis werden anerkannt. Die Gründung eines Fördervereins und Mitgliedersuche werden positiv begleitet. Mit der Verwendung des Namens „Förderverein Franziskuspark Streit e.V.“ besteht Einverständnis.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

5 Riesenadventskalender

5.1 Riesen-Adventskalender; Beratung und Beschlussempfehlung an den Stadtrat über die zukünftige Weiterentwicklung

Nach Auffassung der Verwaltung, besteht Handlungsbedarf, das Konzept des Erlenbacher Riesen-Adventskalenders (RAK) zu verändern und zu modernisieren.

Historie

Seit 2004 findet der RAK, eine Gemeinschaftsveranstaltung der Stadt Erlenbach a.Main und dem Verein für Handel und Gewerbe, jährlich in Folge (mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020 und 2021) statt. Anlässlich des 20. Jubiläums im letzten Jahr wurde im Rahmen des RAKs vom 13. bis 15. Dezember 2025 auch ein Weihnachtsmarkt unter dem Motto „Fair und Regional“ organisiert.

Der Riesen-Adventskalender hatte sich in den vergangenen Jahren zum Treffpunkt im Advent, nicht nur für Erlenbacher Bürgerinnen und Bürger entwickelt und die Attraktivität des Zentrums vor dem Rathaus gesteigert. Er war der einzige Ort im ganzen Landkreis Miltenberg, an welchem täglich in der Vorweihnachtszeit die Buden geöffnet hatten. Das Ansehen des RAK ist sehr groß. Sogar in überregionalen Medien wie z.B. der Süddeutschen Zeitung, wurde über das nicht alltägliche Zusammenspiel von Handel, Gewerbe, Kultur und Ehrenamtlichen berichtet.

Nachfolgend genannte Gründe erfordern nun jedoch zwingend eine Konzeptveränderung:

a. Bauliche Erfordernisse

Der Aufbau des Riesen-Adventskalenders kann nicht mehr wie bisher erfolgen und bedarf einer Änderung. Ein erneuter Aufbau der alten Holzkonstruktion ist nicht ohne vorherige Generalüberholung möglich. Die Tragfähigkeit des Baugerüsts ist nicht mehr gewährleistet, denn durch das jährliche Aufbauen müssen immer wieder neue Verankerungspunkte in der Fassade gefunden werden. Der Aufwand für den Gerüstaufbau verschärft sich von Jahr zu Jahr und somit steigt auch der Arbeitsaufwand und die Kosten.

b. Sicherheitsrelevante Erfordernisse

Aufgrund der aktuellen Gefährdungssituation genügen keine einfachen Straßensperrungen mehr, um die Veranstaltungen abzusichern. Es wäre sehr aufwändig, jeden Abend das RAK-Gelände mit mobilen Barrieren wie LKWs abzusichern und Bauhofpersonal vorzuhalten.

c. Arbeitsbindung und Personalkosten

Der Riesen-Adventskalender bindet Arbeitszeiten und verursacht Personalkosten, vorwiegend im Bauhof und in der Gärtnerei, aber auch in der Verwaltung selbst, wie im Referat WKT und in der Stadtkasse.

Die inneren Verrechnungen für die MitarbeiterInnen von Bauhof und Gärtnerei werden jährlich erfasst und liegen im mittleren fünfstelligen Bereich.

Würde es gelingen mit einem anderen Konzept diese Kosten zu reduzieren, so würden dringend benötigte Kapazitäten für Pflichtaufgaben frei.

Die Kosten, die durch den Einsatz des Personals in der Verwaltung entstehen, werden bisher nicht im Wege der inneren Verrechnung umgelegt.

d. Orga-Team

Die Durchführung des RAK wäre nicht möglich ohne den unermüdlichen Einsatz des ehrenamtlichen Organisationsteam, bestehend aus Gosbert Scholz, Herwig Bleicher, Mario Arndt und Jörg Schulz.

Nachdem diese schon mehrfach signalisiert hatten, dass sie nicht mehr zur Verfügung stehen, wurden diese nach dem aktuellen Stand befragt. Dabei kam heraus, dass nur noch ein einziger der vier Männer bereit ist, weiterzumachen. Alle anderen stünden für 2025 nur sporadisch zur Verfügung und ab 2026 gar nicht mehr.

Die Nachfolgesuche blieb bisher erfolglos. Ohne ehrenamtliche Helfer, die jeden Abend als Ansprechpartner für die Vereine bei der Bewirtung zur Verfügung stehen, und die jeden Vormittag, die Getränke neu vorbereiten, ist der reibungslose Ablauf nicht mehr gewährleistet.

e. Rückgang der Besucherzahlen

In den letzten Jahren war ein offensichtlich geringeres Besucheraufkommen zu verzeichnen, auch wenn in 2024 der Weihnachtsmarkt „Fair und regional“ vom 13. bis 15. Dezember 2025 neue Impulse gab, der jedoch auch einen hohen Vorbereitungs- und Organisationsaufwand erforderte.

Fazit

Trotz der finanziell angespannten Situation soll nicht gänzlich auf das freiwillige Angebot „RAK“ verzichtet werden. Bevor konkrete Detailplanungen dazu vorgenommen werden können, wird ein entsprechender Beschluss benötigt, das bisherige Konzept umzustellen.

Vorschlag zur Umsetzung

1. Zeitraum

Statt bisher 24 Tage sollte das neue Konzept mit einer Reduzierung des Veranstaltungszeitraums einher gehen. Anbieten würde sich der Zeitraum von Donnerstag, 18. Dezember bis Mittwoch, 24. Dezember 2025. Dann wären auch die temporären Weihnachtsmärkte in den umliegenden Gemeinden (Elsfeld, Obernburg, Kleinwallstadt und Amorbach) bereits vorüber und stellten keine Konkurrenz dar.

Vorteile

Weniger Personaleinsatz zur Durchführung erforderlich.

2. Standort

Das neue Konzept ist auf der Rückseite des Rathauses unter Einbeziehung des Rathausparkplatzes realisierbar.

Vorteile

Bessere Möglichkeit der Absicherung des Geländes

Keine Straßensperrung notwendig

Nachteil

Vorrübergehend stehen die Parkplätze im Rathaushof nicht zur Verfügung, dies war jedoch bei Baumaßnahme „Ärztzentrum“ über Monate hinweg der Fall und ist daher verkraftbar.

3. Bauliche Maßnahmen

Die bisherige Frontverkleidung des Rathauses müsste für diese Veranstaltung nicht aufwändig und kostenintensiv ertüchtigt werden. Man kann eventuell auf eine Verkleidung des Hausgiebels verzichten. Siehe auch folgender Tagesordnungspunkt 5.2. *Verkleidung des Rathaushausgiebels.*

Das bisherige Budenangebot (Glühweinbuden, Waffelbuden, Bratwursthütte, Schnapsbude) hat sich bewährt und könnte fortgeführt werden.

Auf den Aufbau einer zusätzlichen kostenpflichtigen Bühne kann zugunsten der bereits vorhandenen Bühnenelemente verzichtet werden. Diese können in der Nähe des Aufzuges auf der Hoferhöhung platziert werden.

Vorteile

Die Verdunkelung von Tageslichtbüros über mehrere Wochen wird vermieden

Der Aufbau und der Unterhalt der Buden ist eingeübte Praxis.

4. Namensänderung

Da der „Adventskalender“ dadurch seinen Charakter als tägliches Event verliert, sollte beim „Neustart“ auch ein angemessener Name vergeben werden. Vorschlag z.B. Winter in Erlenbach.

Nachteil:

Der „Riesen-Adventskalender“ hat seine Bedeutung (siehe Historie).

Vorteil:

Die „neu konzipierte Veranstaltung“ muss sich nicht an dem Vorgänger messen lassen.

Mögliche Hindernisse für eine Umsetzung

✓ **Zusammenarbeit Stadt Erlenbach – VHG**

Der Verein für Handel und Gewerbe ist aktuell nicht bereit, vom langjährigen Konzept RAK abzuweichen. Es ist zu klären, wie die zukünftige Verteilung der Aufgaben zwischen Stadt Erlenbach und VHG und das Gesamtkonzept auszusehen hat.

✓ **Sponsoring**

Die reinen monetären Ausgaben für die täglichen Veranstaltungen waren durch Sponsoringelder der einzelnen Firmen und Gewerbebetriebe abgedeckt. Die Sponsorensuche und Verwaltung der Gelder erfolgte durch den Verein für Handel und Gewerbe. Wenn nun zukünftig die Anzahl der Tage reduziert wird, ist zu klären, wie die Sponsoren weiter miteinbezogen werden können.

✓ **Vereine**

Auch bei den Vereinen wird sich durch die Reduzierung der Veranstaltungstage eine Änderung ergeben. Hierbei muss geklärt werden, inwiefern Vereine an den Tagen eingesetzt werden und wie die Auswahl erfolgt. Aufgrund der Erhöhung der Getränkepreise konnten im letzten Jahr 300 Euro pro Verein ausgeschüttet werden. Für manche Vereine ist die wichtige Einnahmequelle, für viele Vereine ist diese Einnahme verzichtbar.

Um eine ordnungsgemäße Vorbereitung auf das anstehende Event zu ermöglichen, bedarf es noch vor der Sommerpause einer abschließenden Entscheidung des Stadtrates.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Christoph Becker und die Leiterin des Referats Wirtschaft, Kultur und Tourismus Caroline Gebler stellen anhand der als **Anlage 3** diesem Protokoll beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsplan 2025 sind unter der Haushaltsstelle 0.7911.7180 sind lediglich 12.000 € veranschlagt. Mit diesem Betrag lässt sich der bisherige Riesenadventskalender nicht mehr finanzieren.

Beschluss:

Beschlussempfehlung an den Stadtrat:

Aus den vorgestellten Gründen empfiehlt der Kultur- und Sozialausschuss dem Stadtrat, das Konzept des Riesenadventskalenders für das Jahr 2025 in der vorgeschlagenen Form zu verändern und für den Zeitraum 18.12. bis 24.12.2025 durchzuführen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

**5.2 Verkleidung des Rathausgiebels mit zwei Motiven;
Beratung und Beschlussempfehlung an den Stadtrat**

Nachdem die alte Verkleidung des Riesen-Adventskalenders nicht mehr verwendbar ist, wurde nach alternativen Möglichkeiten Ausschau gehalten und mehrere Varianten geprüft.

Der in Erlenbach wohnhafte Geschäftsführer der Firma MB Digitalprint GmbH & Co. KG, Herr Fabian Horn, hat der Verwaltung das Angebot unterbreitet, die bisherige Verkleidung des Rathausgiebels mit Digitalplatten vorzunehmen. Als Vorzeigeobjekt wäre Herr Horn bereit, dies das dafür erforderliche Plattenmaterial kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Lediglich eine kleinere Hinweistafel soll darauf hinweisen, dass das Unternehmen das Projekt unterstützt hat.

Als Unterkonstruktion ist ein Schienensystem erforderlich. Das würde bedeuten, dass der Rathausgiebel außerhalb der Adventszeit einfach nur mit Schienen bestückt ist.

In mehreren Gesprächen mit dem Unternehmen wurde daher die Idee entwickelt, den Rathausgiebel ganzjährig zu verkleiden.

Herr Horn sagte zu, dass er das Material für beide Verkleidungen kostenfrei anbieten könnte. Lediglich die Kosten für die Motivgestaltung sowie die Unterkonstruktion in Form von Blechprofilen müsste die Stadt Erlenbach a. Main übernehmen.

Der städtische Mitarbeiter Volker Ebert hat auf dieser Basis eine Kalkulation für den Kostenaufwand für die Vorbereitung sowie Montage und Demontage erstellt. Es handelt sich zunächst um eine erste grobe Kostenschätzung inklusive Mehrwertsteuer. Detaillierte Preise müssten noch eingeholt werden.

1. Installation der Dauerkonstruktion (einmalige Kosten)

Material	Menge	Kosten
Unterkonstruktion Blechprofile	150 lfdm à 12 €	1.800 €
Alu Winkelprofile	40 lfdm à 10 €	400 €
Alu-Fensterbänke mit seitr. Abschlüssen	6 Stück à 28 €	168 €
Edelstahlschrauben, Dübel, Beilagscheiben, Nieten, Kleber u.a.	pauschal	1.000 €
Gerüstkosten Giebelseite, einmalig		2.500 €
Unvorhergesehenes		1.000 €
Insgesamt ca.		7.000 €
Bauhofeinsatz (interne Verrechnungen)		
Montage der Unterkonstruktion, der Aluwinkel, der Platten und Fensterbänke		11.000 €
Layout der Fassadenverkleidung		
Entwurfsplanung durch Grafikbüro		2.000 €
Insgesamt ca.		20.000 €

2. Kosten für die erstmalige Montage der RAK-Vorsatzwand vor der Ganzjahresverkleidung

Material	Menge	Kosten
Alu-H-Profile	150 lfdm à 12 €	1800 €
Unvorhergesehenes		500 €
		2.300 €
Bauhofeinsatz (interne Verrechnungen)		
Montage und Einschieben der Platten		5.000 €
Insgesamt ca.		7.300 €

3. Kosten für jede weitere Montage und Demontage

Bauhofeinsatz (interne Verrechnungen)		Kosten
Montage, ca. 2 Tage		2.700 €
Hubsteigereinsatz		500 €
Demontage, ca. 1 Tag		1.000 €

Hubsteigereinsatz		500 €
Insgesamt		4.700 €

Somit ist im ersten Jahr von ca. 27.300 € (inklusive interne Verrechnungen Bauhof – Position 1 und 2) zu rechnen.

In den Folgejahren fallen lediglich Bauhofkosten und Kosten für den Hubsteigereinsatz in Höhe von ca. 4.700 € an.

Mit diesem kostengünstigeren und wirtschaftlich überschaubaren Angebot, könnte die besondere Atmosphäre um das Rathaus in der Vorweihnachtszeit beibehalten werden.

Weiterhin wäre ganzjährig der Rathausgiebel eine Attraktion und ein Hingucker.

Die Durchführung direkt im Jahr 2025 wird aus Kostengründen nicht realisierbar sein. Um Planungssicherheit, auch für die Firma MB Digitalprint GmbH & Co. KG, zu gewährleisten, schlägt die Verwaltung vor, einen Beschluss über die Ausführung zu treffen.

Daher stehen aus Sicht der Verwaltung zwei Möglichkeiten zur Diskussion:

- a. Es wird aus Kostengründen in diesem Jahr auf eine Verkleidung des Rathausgiebels gänzlich verzichtet und diese für das kommende Jahr vorgesehen, sofern sich das Konzept bewährt.
- b. Es wird künftig aus Kostengründen generell auf eine Verkleidung des Rathausgiebels, auch in den Folgejahren verzichtet.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Christoph Becker und die Leiterin des Referats Wirtschaft, Kultur und Tourismus erläutern den Sachverhalt.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Neugestaltung des Rathausgiebels ist kein Haushaltsansatz im Haushalt 2025 vorgesehen. Es wird vorgeschlagen, entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2026 einzuplanen, sofern der verwaltungsseitige Vorschlag im kommenden Jahr realisiert werden soll.

Beschlüsse:

Beschlussempfehlung an den Stadtrat:

1. Für das Jahr 2025 wird die Riesenadventskalenderwand nicht aufgebaut und der Rathausvorplatz nach Möglichkeit stimmungsvoll gestaltet.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 1 Anwesend 11

2. Für die vorgestellte Ganzjahreswandverkleidung sowie Adventskalenderwandverkleidung werden Haushaltsmittel für den Haushalt 2026 eingeplant.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

Die Leiterin des Referates Wirtschaft, Kultur und Tourismus Caroline Gebler stellt anhand der als **Anlage 3** diesem Protokoll beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

Der Kultur- und Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Diskussionsverlauf:

Die Leiterin des Sozialreferates Diana Laumeister stellt anhand der als Anlage diesem Protokoll beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

Im Anschluss an den Bericht der Referatsleitung Diana Laumeister erläutert Bürgermeister Christoph Becker, dass Anfang der Woche nun endlich – hoffentlich vorläufig finale – Planunterlagen zur Erweiterung mit einer Schulmensa und Sanierung der Grundschule eingegangen sind. Die Verzögerungen haben sich maßgeblich aus immer wieder veränderten Rahmenbedingungen ergeben, insbesondere da das Schulamt die Schülerzahlprognosen mehrfach seit dem vergangenen Herbst angepasst hatten – zuletzt von aktuell 20 Schulklassen auf perspektivisch nun noch verbleiben 17 Schulklassen. Weiter erläutert er, dass geplant ist die OGS im Untergeschoss im Bereich zwischen Frankenhalle und Aula, unter Einbeziehung des ehem. Schwimmbades und der Umkleiden, in einem großzügigen OGS-Bereich unterzubringen. Diese Planung wird als vorteilhaft angesehen, da die OGS idealerweise auf dem Schulareal untergebracht werden soll, auch um weitere Bereiche (wie Aula, Pausenhof, Schulturnhalle) einzubeziehen. Die Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken soll möglichst kurzfristig erfolgen, um die Förderfähigkeit der Planung abzustimmen. Es ist beabsichtigt die abgestimmte Planung im BUV-Ausschuss im Herbst 2025 vorzustellen – wohl noch vor der nächsten Sitzung des KSA.

Es gibt keine Anfragen.

Erster Bürgermeister Christoph Becker schließt um 21:22 Uhr die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses.

Christoph Becker
Erster Bürgermeister

Caroline Gebler
Schriftführerin